

# **Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 27 / 2020**

**EMOTION, SPRACHE, POLITIK**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019
- MUSICA PRO PACE 2019
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

### ***Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020***

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Thomas Groß, Rechtswissenschaften, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Johannes Hirata, Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück  
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Rea te Poel M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)  
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

*Verantwortliche Redaktion:* Dr. Henning Buck und Dr. Janina Majerczyk

*Redaktionelle Mitarbeit:* Dr. Henning Buck, Joachim Herrmann, Dr. Janina Majerczyk, Dr. Michael Pittwald, Rea te Poel, Jutta Tiemeyer

*Bucheinband:* Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Titelfoto: © Universität Osnabrück | Fabian - stock.adobe.com

*Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020 danken wir*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche, Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück, Tel.: + 49 (0) 541 969 4208, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de, Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2020

© 2020 Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 0948-194X

ISBN 978-3-8471-1245-7

# Inhalt

Vorwort . . . . .	7
Editorial . . . . .	9

## **I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019**

<i>Das Endspiel. »Game Over« für die EU?</i> Mit Hans-Peter Martin . . . . .	17
---	----

<i>Die Ängste der Deutschen. Macht Angst Politik?</i> Mit Cem Özdemir, Thorsten Smidt, Ruth Wodak. . . . .	43
---	----

<i>Integration in der Stadt: Wie kann sie gelingen?</i> Mit Thomas Groß, Dirk Hilbert, Markus Lewe . . . . .	65
---	----

<i>Die Zukunft Europas. Europa sieht Deutschland. Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Jean Asselborn . . . . .	89
---	----

<i>Türkische Identitäten in Deutschland</i> Mit Peter Bandermann, Meltem Kulaçatan, Hacı-Halil Uslucan. . . . .	101
--	-----

<i>»Oma, was ist ein Schneemann?« – Diskussion zum Thema Klimagerechtigkeit</i> Mit Nele Falkenreck, Lukas Köhler, Michael Kopatz, Karla Oberwestberg... 121	
---	--

## **II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2019**

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>»Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!« – Friedensrufe der Dreißiger Jahre. Chorwerke von Barber, Eisler, Vaughan Williams und anderen. . . . .</i>	155
--	-----

### **III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

Nikola Kompa, Universität Osnabrück  
*Die dunkle Seite der Sprache. Wie man mit Sprache verunglimpfen  
und abwerten kann. Eine sprachphilosophische Betrachtung. . . . .* 173

György Széll, Universität Osnabrück  
*Hassbotschaften, das Internet und das Recht . . . . .* 187

Lucas von Ramin, Technische Universität Dresden  
*Zum Verhältnis von Angst und Politik in Zeiten von Corona  
Oder: Wie Angst zuweilen ein guter Ratgeber sein kann . . . . .* 205

### **IV. ANHANG**

Abbildungsnachweis . . . . . 217



Christoph König, Martina Blasberg-Kuhnke, Cem Özdemir, Ruth Wodak, Reinhold Mokrosch, Fritz Brickwedde, Thorsten Smidt

# Die Ängste der Deutschen. Macht Angst Politik?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 23. Mai 2019

*Cem Özdemir*

Mitglied des Bundestages,  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

*Dr. Thorsten Smidt*

Ausstellungsdirektor der Stiftung  
Haus der Geschichte der Bundes-  
republik Deutschland, Bonn

*Prof. Dr. Ruth Wodak*

Sprachwissenschaftlerin,  
Universität Wien und  
Lancaster University (GB)

*Prof. Dr. Reinhold Mokrosch*

Universität Osnabrück –  
Gesprächsleitung

*Reinhold Mokrosch:* Die ›Ängste der Deutschen‹ wurden erstmals 1989 statistisch gemessen. Bei der jüngsten Umfrage, im 70. Jahr nach Verkündung des Grundgesetzes, hat der ›Angstpegel‹ der Deutschen seinen bisher höchsten Stand erreicht, er ist so hoch wie nie zuvor in den vergangenen 30 Jahren. Was ist davon zu halten, dass wir so viele Ängste haben? Ist das gut oder schlecht? – Das Grundgesetz garantiert unsere Freiheitsrechte: Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit, Gleichheit von Männern und Frauen. Nun, es ist offenbar so, dass wir Deutschen sofort Ängste haben, wenn diese Freiheiten bedroht sind und auch schon dann, wenn wir *meinen*, dass sie bedroht sind.

In Osnabrück wurde in diesen Tagen am Mahnmal der am 8. November 1938 ausgebrannten Synagoge ein großes Wahlplakat aufgehängt. Es trug die Aufschrift: »Wir hängen nicht nur Plakate auf«. Erfreulicherweise hat die Justiz sofort reagiert und prüft nun, ob der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist. Auf derartige Vorgänge reagieren wir mit Angst. 1928 waren es auch nur 3%, aber fünf Jahre später fast 40%, die die NSDAP wählten.

Gibt es eigentlich eine für Deutsche typische Angst, die *German Angst*?

Lieber Herr Dr. Smidt, darüber wollen wir mit Ihnen sprechen. Die Ausstellung *Angst. Eine deutsche Gefühlslage* im Bonner Haus der Geschichte scheint das zu bestätigen. Natürlich gibt es vergleichbare Ängste in anderen Ländern, aber

die Deutschen sind besonders sensibel und emotional. Sind sie vielleicht übersensibel, überemotional?

Frau Professorin Ruth Wodak ist die Autorin des Buches *Politik mit der Angst: Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Darin werden sehr akribisch Vergleiche zwischen den USA, der Schweiz und Deutschland gezogen. Sie hat sich auch lange mit dem österreichischen Rechtspolitiker *Jörg Haider* und seiner FPÖ befasst. Ob diese rechtspopulistischen Parteien Bestand haben werden? In den 1990er Jahren kamen bei uns ›Die Republikaner‹ auf, als große Befürchtungen vor dem Zuzug von Aussiedlern aus Osteuropa nach Deutschland kursierten. Es kamen die Republikaner, die sog. Schill-Partei usw., die jedoch wieder verschwanden. Werden die aktuellen Rechtspopulisten vorübergehen? Werden die FPÖ oder die AfD eines Tages verschwunden sein?

Cem Özdemir nennt sich selbst ein ›Gastarbeiterkind‹ und einen ›anatolischen Schwaben‹. 1998 hat er bei den Osnabrücker Friedensgesprächen an gleicher Stelle zum Thema *Angst vor dem Fremden: Die ›Einheimischen‹ und die ›Anderen‹* diskutiert. Heute erhoffen wir uns Auskünfte darüber, wie wir mit dem Rechtspopulismus umgehen sollen. Hilft es, ihn totzuschweigen? Sollen wir ihn nicht ernst nehmen? Oder sollen wir in Gesprächen auf ihn zugehen?

Manche sagen, dass AfD-Politiker schon oft genug eine Bühne erhalten hätten. Andere erwidern, dass sie bei diesen Gelegenheiten dem Publikum ihr wahres Gesicht gezeigt hätten.

Wichtig ist auch die Frage, welche Ängste wir überhaupt wahrnehmen sollten. Vor 30 Jahren gab es die Angst vor einem ›Waldsterben‹, dann vor einer ›Ökokatastrophe‹, vor dem Nato-Doppelbeschluss, vor einem Atomkrieg; dann vor ›Tschernobyl‹; in den 1990ern die Angst vor den Aussiedlern, vor den Republikanern, vor der Überforderung durch die Wiedervereinigung, vor der Vogelgrippe, vor *Google Street View*; 2008 dann die Angst vor der Finanzkrise, der EU-Schuldenkrise, 2015 die Angst vor der ›Überfremdung‹, dann 2016 vor dem Terrorismus. Und heute? Die größte Angst 2018/19 ist die Angst vor der Trump-Politik! 69% der Deutschen haben Angst vor der Politik des US-Präsidenten!

Welche Ängste sollen wir ernst nehmen? Und hat das Grundgesetz eigentlich die Kraft, uns vor dieser Art der Angst zu schützen?

*Thorsten Smidt*: Die Ausstellung *Angst. Eine deutsche Gefühlslage* im Haus der Geschichte haben sich 80.000 Besucher angesehen. Es hat uns sehr gefreut, dass das Thema so viel Interesse gefunden hat. Auch die Presseberichte darüber waren sehr umfangreich. Ich möchte Ihnen einen kleinen Einblick in die Ausstellung und die Reaktionen der Besucher geben.

Dass jeder Mensch Angst empfinden kann, mag banal und selbstverständlich erscheinen, ist aber keineswegs so trivial, wie man vielleicht denkt. Angst ist eine



Thorsten Smidt

anthropologische Grundkonstante, die uns angeboren ist und die deswegen, und das ist ein wichtiger Punkt, auch ihre Berechtigung hat. Warum haben wir Angst, und *müssen* wir so viel Angst haben? In der Ausstellung haben wir versucht, den Besuchern das Gefühl ›Angst‹ ganz buchstäblich vor Augen zu stellen: Angst habe ich vor etwas, das ich nicht überblicken kann. Die Ausstellung durch den Haupteingang betretend, hat man den Begriff ›Angst‹ zunächst nur grotesk verzerrt sehen können. Bewegte man sich auf einen bestimmten Standpunkt hin, fügte sich das Wort

zusammen. Diese optische Spielerei, eine sogenannte Anamorphose, machte die Besucher neugierig und lenkte sie in die Ausstellung.

Bevor die kollektiven, gesellschaftlichen Ängste thematisiert wurden, haben wir die Besucher nach ihren persönlichen Ängsten gefragt. Dann haben wir gesellschaftliche Ängste seit 1945 näher betrachtet, die sich – so unsere These – in Wellen entwickelt haben. Ein Beispiel dafür ist das 1981 von einem Wissenschaftler prophezeite ›Waldsterben‹ als Folge des ›sauren Regens‹. Der Forscher warnte vor einem Verschwinden großer Wälder innerhalb von fünf Jahren. Die Öffentlichkeit war zunehmend verunsichert, und im Verlauf der 1980er Jahre baute sich eine Hysterie auf, die erst später wieder abflaute. Die Ausstellung zeigt beispielhafte Zeitschriftencover, die dieses apokalyptische Szenario bebilderten. Heute kann man sich darüber lustig machen. In der damaligen Zeit hatte diese beängstigende Aussicht etwas sehr Reales. 1986 wurde das Gesellschaftsspiel »Sauerbaum« zum Spiel des Jahres gekürt. Das Waldsterben war überall, und man hatte sich – böse gesagt – damit schon fast eingerichtet.

Die These, dass sich gesellschaftliche Ängste in Wellen entwickeln, bestätigt sich in der Rückschau auf die 1950er Jahre. Damals gab es die Bewegung »Kampf dem Atomtod«, als es um die Frage ging, ob in der Bundesrepublik Atomwaffen aufgestellt werden sollen. Auch hier ist das Wellenphänomen erkennbar. Die öffentlich artikulierte Angst hatte sich aufgebaut, und erst nachdem die SPD – vergeblich – versucht hatte, eine Volksabstimmung über das Thema anzusetzen,



flachte sie wieder ab. Der Begriff ›Angst‹ fiel hier jedoch noch nicht. Das erleben wir erst seit den 1980er Jahren.

Medien und Politik verstärken gesellschaftliche Ängste: Wenn wir unter dem Stichwort ›Asylrechtsverschärfung‹ in die 1990er Jahre zurückschauen, wird anhand einer Auswahl von Zeitschriftenartikeln deutlich, wie allgegenwärtig dieses Thema war. Es war zum einen in den Medien, zum anderen in der Politik präsent, und zwar nicht nur bei den ›Republikanern‹, sondern auch bei den bürgerlichen Parteien. Von diesen wurde teilweise eine Rhetorik gebraucht, die heute nicht mehr opportun erscheint. Die Metaphorik in diesem Zusammenhang erzeugte Bilder von ›Flut‹, ja ›Springflut‹, begleitet von dem Slogan ›Das Boot ist voll‹. Daran beteiligten sich Politik und Presse. In der neuen, seit 2015 beklagten ›Flüchtlingskrise‹ sehen wir ganz ähnliche Erscheinungen – mit dem Unterschied, dass jetzt die neuen sozialen Medien ihren Teil beigetragen haben. Das Ganze hat sich so verselbstständigt, dass im Kölner Karneval 2016 die sogenannte ›Flüchtlingswelle‹ zu einem Karnevalswagen wurde.

Angst kann allerdings auch produktiv wirken. Man denke an die Gründung der Partei DIE GRÜNEN und ihren Einzug in den Bundestag 1983, nicht zuletzt auf der Welle des Themas ›Waldsterben‹. 1984 wurde ein Gesetz beschlossen, dass bis 1989 alle Neuwagen mit einem geregelten Katalysator auszustatten seien. Das wäre ohne die Debatte um das Waldsterben nicht denkbar gewesen, ebenso wenig wie die Berufung des ersten deutschen Bundesumweltministers, *Walter Wallmann*, im Jahr 1986. Das geschah auch unter dem Eindruck der Tschernobyl-Katastrophe.

›German Angst‹ – dieser Begriff hat sich weltweit verbreitet. Was hat es damit auf sich? Das *Time*-Magazin hatte 1981 diesen Begriff auf eines ihrer Cover gehoben, mit dem Titel: »*Moment of Angst*«. Dieser Titel entstand unter dem Eindruck der Debatte um den Nato-Doppelbeschluss in Deutschland. In den 1980er Jahren haben offenbar die Deutschen alles dafür getan, dass man im Ausland den Eindruck haben musste, dass hier eine ganz spezielle, eine *German Angst*, zu finden sei. 1986 kam eine Milchtüte mit dem Aufdruck »Entwarnung« in den Handel: Es ging um das Reaktorunglück in Tschernobyl. Ohne diesen Aufdruck wäre die Milch wohl im Regal geblieben. Die Hysterie um Tschernobyl und seine Auswirkungen gab es in dieser Form nur in Deutschland.

Wir haben die Besucher unserer Ausstellung gebeten, eigene Erinnerungen an dieses Ereignis in ein ausliegendes Buch zu schreiben. Ein Besucher schrieb 2019: »Es gab von da an nur noch Lebensmittel aus weit entfernten Ländern. Bis heute essen wir keine Freilandpilze«. Ein anderes Notat lautet:

»Ich war 7 Jahre alt bei der Tschernobyl-Katastrophe. Verstehen konnte ich es nicht. Aber die Angst der Erwachsenen habe ich gespürt. Und anschaulich machte das für mich das Erlebnis, meine Katze abdsuchen zu müssen. Sie sei in den sauren Regen gelaufen«.

Relativ aktuell ist die Angst vor der *Überwachung*. Frühzeitig machte sich diese Befürchtung am Online-Dienst *Google Street View* fest. In Europa gibt es kein anderes Land, in dem Google diesen Dienst eingestellt hat. In keinem anderen Land mussten so viele Häuser verpixelt werden.

Ängste sind auch Seismographen: Am Ende unserer Ausstellung gab es eine Abstimmungsstation. Dort sollte die Frage beantwortet werden, wovor wir voraussichtlich im Jahr 2030 Angst haben werden. Wir haben lange überlegt, welche möglichen Antworten wir dort anbieten sollten. Die Ausstellung begann ein knappes halbes Jahr vor der aktuellen *Fridays for Future*-Bewegung, aber während des gesamten Ausstellungszeitraums wurde der ›Klimawandel‹ als die entscheidende Angst nominiert.

*Ruth Wodak*: Es gibt verschiedene Versionen von Angst und Ängsten. Der Soziologe *Claus Offe* etwa unterscheidet drei unterschiedliche Kategorien von Ängsten: Zum einen sind das völlig *reale* Ängste, die wichtig sind, damit Kinder z.B. lernen, sich nicht an Feuer oder Hitze zu verbrennen. Zum anderen gibt es *neurotische* Ängste. Das sind Ängste, die man gar nicht versteht und die auf ein früheres Erlebnis zurückzuführen sind und Panikattacken oder Ähnliches auslösen können. Und schließlich gibt es etwas mit großer Bedeutung für die Politik und die Medien: das sind *konstruierte* Ängste. Diese Ängste sind produziert, werden übertrieben und durch Medien und die Politik reproduziert. Bei der Frage, wie es mit dem Rechtspopulismus steht, ist vor allem auf diese dritte Kategorie hinzuweisen.

Dazu ein Ergebnis aus einer neuen Umfrage des *European Council on Foreign Relations* (ECFR), einer 2007 gegründeten unabhängigen Denkfabrik für Politikberatung. Meinungsumfragen sind zwar immer mit Vorsicht zu genießen, dennoch sind sie wichtig. Erhoben und verglichen wurden hier Aussagen aus acht Ländern in Bezug auf Meinungen über die Zukunft und auf etwaige Ängste. Das interessante Ergebnis ist, dass die Angst vor der Zukunft so groß geworden ist wie nie zuvor. Momentan sind durchschnittlich Menschen aller Altersstufen, Religionen und Professionen eher ängstlich, was die Zukunft betrifft. Es herrscht Unsicherheit gegenüber z.B. der Globalisierung oder der Politik Präsident *Trumps*. Es ist das Unvorhersagbare, was Angst macht, und nicht so sehr, dass sich ein Geschehen wie etwa der Zweite Weltkrieg, der Holocaust oder fürchterliche andere Genozide wiederholen könnten. Angst vor Krieg ist vorhanden, aber es ist eine Angst vor Kriegen, die man überhaupt nicht kennt und die man nicht vorhersagen

kann. Dies ist ein Grund dafür, dass rechtspopulistische Parteien rückwärtsgerichtet sind: Sie versprechen im Prinzip rhetorisch ebenso wie in den Maßnahmen, die sie ankündigen, die Wiederherstellung eines Status quo. Ihr Ziel ist meist eine homogene Nation als Heimat des ›echten Volkes‹ der Deutschen, Finnen, Ungarn, Österreicher etc. – oder auch ein ›*Make America great again*‹, mit der Betonung auf ›*again*‹. Man strebt zu einem Zustand zurück, den es eigentlich so nie gegeben hat. Hier blühen die Fantasien, weil die Angst vor der Zukunft so groß ist.

Was kann man dagegen tun? Wird der Rechtspopulismus immer bleiben? Wichtig sind gute Inhalte und Programme, um mit der Zukunft umzugehen. Solange wir diese nicht haben, kann man das mit simplen Erzählungen füllen.

Viel beachtet wird jetzt die neue Situation in Österreich, sie wird weltweit in den Medien diskutiert. *Florian Klenk*, Chefredakteur der österreichischen Wochenzeitung *Falter*, sagte, dass jetzt plötzlich das ›Licht angeknipst‹ worden ist: Etwas, was viele vermutet haben, ist plötzlich für alle deutlich und sichtbar geworden. Ich selbst forsche seit Jahrzehnten über Rechtspopulismus und Rechtsextremismus vor allem in Österreich. Die einschlägigen Programme waren immer bekannt. Jeder kann sich das *Handbuch freiheitlicher Politik* von der Homepage der FPÖ herunterladen. Bei diesem Blick hinter die Kulissen der Politik müsste eigentlich für alle deutlich geworden sein, was für undemokratische Vorhaben da ganz unbefangen vorgestellt werden. Und jetzt haben wir in der sogenannten Ibiza-Affäre gesehen, was zwei hochrangige Politiker der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Politik verstehen. Die FPÖ besteht seit 1949, zunächst als Verband der Unabhängigen (VdU), dann ab 1955 als FPÖ, und sie wird als Sammelbecken ehemaliger Nazis definiert. Natürlich kann so eine Partei nicht allein groß werden, sie braucht Steigbügelhalter: In Österreich schloss die neue ÖVP unter *Sebastian Kurz* 2017 eine Koalition mit der FPÖ. Jeder hat gewusst, mit welcher Partei man da zusammengeht. Das hatte es in der Geschichte schon einmal gegeben. Bürgerliche Parteien und großindustrielle Kreise haben rechtsextremistische Parteien heraufgehievt. Auch Donald Trump ist nicht ohne die Republikanische Partei Präsident geworden. Das muss man wissen, und darüber wird jetzt diskutiert. Was ist seit 2017 in Österreich passiert? Am besten lässt es sich vielleicht als eine ›schamlose Normalisierung‹ bezeichnen. Mit unglaublicher Geschwindigkeit sind die Grenzen des Sagbaren und Machbaren verschoben worden, und zwar unter Verletzung sämtlicher Dialogkonventionen, die es bisher in der Politik gegeben hat: Die Opposition wurde nicht mehr hinzugezogen, Gesetze wurden durchgepeitscht, Fristen für die Erstellung von Gutachten wurden stark verkürzt. Die Demokratie wurde in kleinen Schritten ausgehöhlt. Es kam auch zur Beschneidung der Pressefreiheit. FPÖ-

Parteichef *Strache* sagt in dem skandalösen Ibiza-Video, dass er ›Medien à la Orbán‹ will. Dieses Vorgehen folgt einer Systematik. Das Buch *Die Tagesordnung* von *Éric Vuillard*, das 2017 den Prix Goncourt in Frankreich gewonnen hat,

zeigt das historisch sehr gut auf. Das Buch beschreibt auf 120 Seiten detailliert den sogenannten Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland und gibt so einen guten Einblick darüber, wie die Unterwanderung von Demokratie schrittweise, ganz langsam, aber doch systematisch passieren kann.

Was ist nun der Schaden davon? Es ist nicht nur Angst, *mit* der man Politik



Ruth Wodak

macht, sondern Politik kann auch Angst erzeugen. Warum hat so eine Politik mit der Angst Erfolg? Drei Schritte, wie Angst mobilisiert und instrumentalisiert werden kann, lassen sich unterscheiden: Zunächst gibt es ein tatsächliches Problem wie z.B. die Flüchtlingsbewegungen. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Dieses Problem ist sehr komplex, da die Politik *und* die Gesellschaft herausgefordert waren. Im zweiten Schritt haben dann gewisse Politiker und Politikerinnen dieses Problem dazu benutzt, Angst zu schüren und Panik zu erzeugen. Europaweit wurden Slogans wie ›die Angst vor den Flüchtlingen‹ ver-

breitet, und diese als bald zu ›illegalen Migranten‹ erklärt. Damit hatte man einen Sündenbock gefunden, dem die Schuld an diesem komplexen Problem zuzuweisen ist. In einem dritten Schritt tritt plötzlich jemand auf, der Hoffnung und eine Lösung des Problems verspricht und sich als Retter oder Retterin darstellt. Diese Konstruktion ist konstitutiv für rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ, die AfD, die UKIP in England, in Frankreich der *Front National*, die Schwedendemokraten oder eben Donald Trump. Das Muster ist stets gleich, eine führende Person stellt sich als Retter dar, als die Vertreterin des ›Volkswillens‹. Dieser ›Volkswille‹ wird sehr restriktiv definiert. Die Grenzen, wer zum Volk gehört und wer nicht, sind veränderlich. Die Muslime hat die FPÖ aus dem österreichischen Volk jedenfalls klar ausgeschlossen.

2018 kamen rund 116.000 Flüchtlinge, Asylbewerber, Menschen ohne Papiere in Europa an, davon etwa 42.000 über das Mittelmeer. Das waren viel weniger als in den Jahren 2015 und 2016. Zum Vergleich sei einmal erwähnt, dass im Jahr 2018 über 30 Millionen Touristen die Stadt Athen besuchten. Das waren auch Fremde, aber mit Geld. So betrachtet, bekommen die Zahlen ein völlig anderes Gewicht. Und es zeigt sich, dass es Fremde gibt, die willkommen sind, und Fremde, die es nicht sind. Über diesen Unterschied wäre weiter nachzudenken.

Ich möchte mit einem Appell enden: Die Umfrage des ECFR zeigt, dass ganz entgegen der Annahme, Migration sei *das* Problem, das alle beschäftigt, es ganz andere, gravierendere Probleme in der EU und unseren Ländern gibt. Das sind etwa Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und besonders der Klimawandel. Noch immer sind es aber nur 10% der Befragten in diesen verglichenen Ländern – darunter Deutschland und Österreich –, die dieses Thema als wirklich wichtig ansehen. Ich denke, alle sollten sich die Frage stellen: Wovor haben wir Angst? Und wovor *sollten* wir in Bezug auch auf die jüngeren Generationen begründeterweise Angst haben?

*Cem Özdemir:* Unter den drei von Claus Offe beschriebenen Kategorien von Ängsten erscheint mir die reale als eine sehr normale und nützliche Form der Angst. Sicherlich gibt es auch Ängste, die fast ein ganzes Land erfassen können. Leute, die sonst eigentlich ganz rational sind, haben dann einen Punkt, wo sie ein bisschen aushaken. Das kennt jeder Mensch auch von sich selbst. Wenn ich in den USA mit Freunden über das Recht diskutiere, Waffen zu tragen, werden mir manchmal Menschen fremd, die sonst sehr vernünftige Dinge sagen. Sie erklären dann z.B., sie bräuchten Waffen für ihre Sicherheit. Wenn ich als Deutscher ihnen antworte, dass bei uns die Waffengesetze viel restriktiver sind und wir deutlich weniger Kriminalität und eine höhere Sicherheit haben als in den USA, glauben sie es mir einfach nicht, obwohl ich die Statistik auf meiner Seite habe. Bei uns ist es ganz ähnlich, wenn es um die Frage eines Tempolimits geht. Bei denselben Menschen, mit denen man sich darüber einig werden kann, dass dringend etwas gegen die Klimakatastrophe getan werden muss, setzt der Verstand aus, wenn es um das ›Recht aufs Rasen‹ geht, darum, dass sie mit 250 km/h über die Autobahn rasen dürfen und dabei sich selbst und andere gefährden. Alle Statistiken sind auf der Seite derer, die das kritisieren. Und dennoch kriegen Sie dafür in Deutschland bislang keine politische Mehrheit. Ist das rational erklärbar?

Das Thema ›Waldsterben‹ aus den 1980er Jahren lässt uns heute vielleicht schmunzeln. Andererseits haben Umweltskandale und die Reaktion der Öffentlichkeit darauf dazu geführt, dass Deutschland in vielen Bereichen Vorreiter war und den sogenannten *first-mover advantage* hatte. Es wurden Gesetze durchgesetzt, die andere Länder erst später erließen, als es auch dort Druck gab. Unsere Wirtschaft genoss dadurch Vorteile, besonders z.B. die Chemieindustrie, die schärfere Auflagen zu einem früheren Zeitpunkt erfüllen musste und deswegen mit entsprechenden Produkten eher auf dem Weltmarkt präsent sein konnte. Solche Ängste können also Positives bewirken, etwa die Beschleunigung bestimmter Denkprozesse. Manche Dinge bekommen dann auch eine völlige Wendung. Ich erinnere an die Volkszählung von 1987, damals ein Riesenthema, das Säle füllte. Schaut man sich die damals gestellten Fragen an und vergleicht sie mit den Daten, die wir heute freiwillig Facebook & Co geben, stellt man fest: Das war nichts

dagegen. Was damals in den kühnsten Träumen nicht vorstellbar war, sind die Überwachungsmöglichkeiten, über die heute dank künstlicher Intelligenz die Volksrepublik China verfügt und anwendet sowie an autoritäre Regime auf der ganzen Welt verkauft. Trotzdem war es richtig, damals sensibel auf mögliche Gefahren hingewiesen zu haben. Das muss man auf die heutige Zeit übertragen.

Das Wort ›Angst‹ ist aber auch bei einem bestimmten Teil unserer Bevölkerung nur eine andere Seite der ›Wut‹, die diese Menschen demonstrativ vor sich



Cem Özdemir

hertragen. Für mich ist entscheidend, in welchem Verhältnis die Phänomene ›Angst‹ und ›Wut‹ zu den demokratischen Spielregeln stehen. Werden da noch

Mehrheitsentscheidungen und Spielregeln akzeptiert? Und wie stellt man sich zur Wissenschaftlichkeit? Steht die etwa *per se* infrage? Akzeptiere ich, dass es in einer demokratischen Gesellschaft Übereinkünfte braucht, auf die wir uns verständigen? Die demokratisch verfasste Gesellschaft braucht Spielregeln,

auf die wir uns verständigen. Genau das wird heute massiv infrage gestellt. Das macht die Debatte schwierig, denn für mich gehören Maß und Mitte, Vernunft und Verhältnismäßigkeit dazu.

Was den Umgang mit der AfD betrifft, so haben wir viele Parallelen zu den Vorgängerparteien wie den ›Republikanern‹, NPD und DVU. Diese Parteien haben sich immer mehr radikalisiert. Die AfD begann als europaskeptische Partei von skurrilen Professoren mit skurrilen Ansichten zum Euro. Dann kam die *Petri*-Phase, nachdem die Vorgänger nicht radikal genug erschienen. Dann war Frau Petri nicht mehr radikal genug, und nun haben wir es mit der aktuellen Führung zu tun. Manchmal ist zu hören und zu lesen, dass es eine gemäßigte und eine weniger gemäßigte AfD gäbe. Ich denke, dass, wer heute Funktionär in der AfD ist, ist dies bewusst in der Partei eines *Björn Höcke*. Auf die Meinungsfreiheit in Deutschland sind wir stolz, aber es gibt eine ›rote Linie‹, die mit unserer Geschichte zu tun hat: Wer die Verbrechen des Nationalsozialismus infrage stellt, steht auf der anderen Seite der Barrikade. Diese Grenze in der Debatte muss gewahrt sein, und ich wünsche mir, dass wir den Konsens in dieser Frage, den es

unter den demokratischen Parteien gibt, durchhalten. Das Beispiel Österreich enthält eine Lehre für uns: Demokratische Parteien müssen daran festhalten, mit solchen Parteien nicht zu koalieren – auf keiner Ebene, weder kommunal, im Land oder im Bund und auch sonst nirgendwo. Niemand darf mit Fanatikern koalieren, die unsere Republik kaputtmachen und unser Grundgesetz zerstören wollen und verachten.

Die Wählerschaft der AfD stellt sich mir differenzierter dar. Neben einem harten Kern von Leuten bei der AfD, die ein geschlossenes Bild bieten – gegen Demokratie, gegen Pluralismus, gegen das, was Deutschland ausmacht –, gibt es auch ein waberndes Protestmilieu, das teilweise früher schon einmal mit anderen Parteien sympathisiert hat. Wir können kein Interesse daran haben, dass dieses Milieu bei der AfD bleibt und sich vergrößert, denn wir wollen keine US-amerikanischen oder britischen politischen Verhältnisse in Deutschland. Als liberale Demokraten dürfen wir uns nicht vornehm zurückhalten und nicht das tun, was wir anderen vorwerfen, nämlich in einer Meinungs-›Blase‹ verharren. Wir dürfen nicht so reagieren wie unsere amerikanischen liberalen Freunde an der Ostküste und an der Westküste. Sie nennen die Staaten zwischen Ost- und Westküste abschätzig *flyover-states*, und diese Staaten haben dann Trump gewählt. Sicherlich ist die amerikanische Demokratie eine starke Demokratie. Aber auch eine Demokratie mit starken Institutionen kann ins Wanken kommen, wenn derjenige, der sich vorgenommen hat, sie kaputtzumachen, zu allem entschlossen ist. Wenn jetzt etwa der US-Kongress und das Repräsentantenhaus beschließen, dass Trump seine Steuerakten herausgeben muss und Gerichtsurteile das ebenfalls einfordern, sagt Trump einfach *No!* Wie soll man das dann durchsetzen? Soll man ihn in Handschellen abführen? Angenommen, er regiert weitere vier Jahre: Was wird danach von den demokratischen Institutionen übrig sein? Etwas Vergleichbares dürfen wir hier nicht zulassen. Es ist unser Job, zu überlegen, wie wir einen Teil der AfD-Wählerschaft zurückgewinnen und wieder in der Mitte der Gesellschaft verankern können.

Ich beobachte im Übrigen einen fundamentalen Unterschied zwischen allen Populisten und den Anhängern der liberalen Demokratie: Die Populisten sind komplett humorbefreit, ihnen geht jede Selbstironie ab. Sie können nicht über sich selbst lachen. Bei aller Ernsthaftigkeit und Notwendigkeit, die Ärmel hochzukrempeln und in den Nahkampf zu gehen, ist es wichtig, dass wir nicht dieses Übellaunige von denen übernehmen. Wir sollten uns darüber freuen, dass wir das Privileg haben, alles in allem in einem eigentlich großartigen Land leben zu dürfen, um das uns viele beneiden.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Smidt hat beobachtet, dass sich gesellschaftliche Ängste in ›Wellen‹ entwickelten. Bedeutet das, dass wir sie schon deswegen nicht so bitterernst nehmen müssten? Frau Wodak sagt, dass es viele ›übertriebene‹

Ängste gibt. – Müssen wir sie deshalb weniger ernst nehmen? Und Herr Özdemir meint, dass viele Ängste aus Fehleinschätzungen entstanden sind. – Müssen wir sie deswegen nicht so ernst nehmen?

Müssen wir einige Ängste nicht so ernst nehmen, weil sie in ›Wellen‹, übertrieben sind oder irrtümlich entstanden sind?

*Thorsten Smidt:* Wenn man sagt, man muss nur lange genug abwarten, bis die Angst-Welle abgeebbt ist, kann natürlich in der Zwischenzeit eine Menge passieren. Wir müssen also Ängste ernst nehmen, aber wir sollten auf ›Schwarz‹ nicht immer nur mit ›Weiß‹ antworten. Die Höhepunkte, die Exzesse der Hysterie, sollten mit einem ruhigen Diskurs beantwortet werden. Wenn wir an die ›Willkommenskultur‹ 2015 denken, stellen wir fest, dass dabei die Presse den Diskurs weitgehend bestimmt hat. Mit der Silvesternacht 2015 ist dieser Diskurs dann gekippt. Ich wage die These, dass, wenn man schon 2015 diese Herausforderung etwas differenzierter betrachtet hätte und die Ängste, die schon da waren, artikuliert hätte, die Diskussion 2016 anders weitergegangen wäre.

*Ruth Wodak:* Ob Ängste ernst genommen werden müssen oder nicht, hängt davon ab, welche Folgen diese Ängste zeitigen. Aus den rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien heraus provoziert man mit Skandalisierungen. Diese Skandale beruhen oft auf Unwahrheiten oder sind einfach Desinformationen. Es werden Bilder gezeigt und zusammengeklebt, die so nie existierten. Wir leben in einer Welt, in der wir manchmal schwer unterscheiden können, was faktisch passiert ist und was uns einfach vorgemacht wird. Diese Panikmache, die auch von den Medien verstärkt wird, verkauft sich gut. Ich nenne dies das *rechtspopulistische Perpetuum mobile*: Man produziert mit einer rassistischen, antisemitischen oder xenophoben Äußerung einen ›Skandal‹, und alle müssen darauf reagieren. Denn wer nicht darauf eingeht, hat die Provokation letztlich akzeptiert. Anschließend stellen sich deren politische Urheber als ›Opfer einer Kampagne‹ dar. Dann wird danach gesucht, wer diese Kampagne lanciert, manipuliert habe, und eine Weltverschwörung, die angeblich dahintersteckt, gebrandmarkt. Diese Art des Diskurses muss man einfach abschneiden, und dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Einerseits muss man benennen, was geschieht, d.h. wenn solche Provokationen erzeugt und Ängste geschürt werden, sollte man genau das feststellen. Geht man inhaltlich darauf ein, ist man in der Dynamik verfangen. Man muss dem etwas entgegensetzen. Ernst nehmen? Ja, bitte, aber was heißt das? Was tut man, wenn man ernst nimmt? Man muss eine Aussage machen, wenn man es ernst nimmt.

*Cem Özdemir:* Das Grundproblem ist, dass wir mit Belehrungen gegen Erfahrungen nicht weit kommen. Ich kann mit Statistiken argumentieren und alle Skandalisierungen für grundlos und erlogen erklären. Wenn aber Personen einzelne



schlechte Erfahrungen gemacht haben, dann wird das häufig verabsolutiert. Das ist erst einmal nicht verboten. Wenn mir jemand erzählt, er habe Angst vor den Islamisten oder vor ausländischer Kriminalität, dann bestreite ich ihm diese Angst nicht. Ich antworte dann, dass ich ebenfalls Angst habe. Ich erkläre, dass ich aus einem muslimischen Haushalt komme, dass meine Eltern beide Muslime sind und dass meine Mutter mir einen sehr weltoffenen Islam beigebracht hat, und der ist gerade massiv bedroht.

Ich frage dann mein Gegenüber: Wollen Sie mir helfen, dass diese Art des Islam überlebt? Und wissen Sie, durch wen er bedroht wird? Nämlich durch die Regime, die Saudi-Arabien unterstützen! Ich unterstütze Saudi-Arabien nicht, ich bin auch gegen Waffenlieferungen dorthin. Aber es gibt hier ein paar Regierungen, die machen tolle Geschäfte mit denen. Wissen Sie, wer der engste Freund der Saudis ist? Herr Trump, den Sie wahrscheinlich bewundern. – So wende ich das um und sage: Helfen Sie mir, dass sich die verrückten Fanatiker nicht durchsetzen, denn auch ich habe Angst vor denen, und genauso vor rechtsradikalen Fanatikern.

Wir sollten versuchen, mit Empathie einen Gesprächskontakt hinzubekommen, auf der Grundlage, dass meine Empathie ebenso Geltung hat wie die des Anderen und meine Ängste ebenso begründet sind wie seine.

Gegenüber AfD-Funktionären helfen keine Mahnungen gegen das Böse und für das Gute. Ebenso wenig halte ich von der lange Zeit gehegten Hoffnung, dass man sie mit Hinweisen auf ihre parlamentarische Arbeit bloßstellen kann und sich dabei zeigen wird, was sie für schlimme Dinge machen. Das interessiert den Großteil ihrer Wähler gar nicht, denn die AfD wurde nicht dafür gewählt, im Parlament gute Arbeit zu machen. Mit den Stimmen für die AfD senden uns die Wähler vielmehr eine Botschaft. Ich denke, man muss der AfD ein paar Dinge streitig machen. Eines davon ist, dass diese Parteien – in ähnlicher Weise eben auch die FPÖ und andere Extremisten – für sich in Anspruch nehmen, die ›wahren‹ Deutschen, Österreicher oder Finnen zu sein und damit die einzigen, die sich wahrhaftig zu ihrem Land bekennen.

Warum drehen wir das nicht um und verlangen von jedem Abgeordneten und insbesondere von den AfD-Abgeordneten ein klares Bekenntnis ohne jede Hintertür zu unserem großartigen deutschen Grundgesetz? Ich möchte wissen, ob ihre Loyalität dem deutschen Grundgesetz oder *Wladimir Putin* gilt. Denn wir haben es offenbar mit Parlamentariern zu tun, deren Loyalität zu einer fremden Herrschaft, die uns schaden möchte, höher ist als zum eigenen Land. Diese Debatte müssen wir unbedingt führen.

Ich bin im Bundestag Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur und habe mir eine Europa- und eine Deutschlandfahne ins Büro gestellt. Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses hat die Europa- und die Deutschlandfahne als Amtsausstattung in seinem Büro. Und gerade weil ich keinen typischen deutschen Vor- und Nachnamen habe und wir in einem großartigen Land leben, sage ich jedem, dass das auch meine Fahne ist und dass wir diese Fahne und die Werte verteidigen, für die die Fahne steht, gegen die, die sie



Reinhold Mokrosch und Cem Özdemir

in den Schmutz ziehen wollen. Die deutsche Fahne steht in der deutschen Geschichte nicht für den Nationalsozialismus. Die Nationalsozialisten haben sie verachtet. Es ist Zeit, dass wir bestimmte Werte wieder zurückerkämpfen und sie den anderen nicht kampflos überlassen. Im Deutschen Bundestag habe ich vor der Fußball-WM die AfD aufgefordert zuzugeben, dass sie gar

nicht der deutschen Nationalmannschaft die Daumen drücken, sondern der russischen. Mich auf diese Art und Weise mit denen anzulegen, macht mir durchaus eine bübische Freude, setzt aber natürlich voraus, dass man glaubhaft ein positives Grundverhältnis zum eigenen Land und zu Europa hat. Dann kann man, wo es notwendig ist, auf Attacke setzen und ihnen sagen: Ihr definiert nicht, was ein Deutscher und was Deutschland ist. Ihr gehört zu dem, was ich nicht ändern kann, aber ihr habt keinerlei Gesamtvertretungsanspruch. – Ich würde mir wünschen, dass wir das selbstbewusster bei jeder Gelegenheit sagen.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Smidt, warum rangieren eigentlich persönliche Ängste wie die vor einem Zerbrechen der Partnerschaft, vor Erwerbslosigkeit, Altersarmut, vor sinkendem Lebensstandard, vor Krankheit nicht unter den ersten zehn

Ängsten, sondern folgen erst zwischen Platz 11 und Platz 20? Warum sind die politischen Ängste so groß und die persönlichen Ängste stehen hinten an?

*Thorsten Smidt:* In den 1990er Jahren war das Bild ganz anders. Die persönlichen Ängste, gerade auch vor Erwerbslosigkeit und Altersarmut, wurden als drängender empfunden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Wirtschaftsdaten damals andere waren und die Arbeitslosigkeit höher. Parallel zur wirtschaftlichen Fortentwicklung ist eine Verschiebung der Ängste feststellbar, vom persönlichen, materiellen Wohl hin zu politischen Ängsten. Warum die Ängste sich verschieben, ist bisher nicht untersucht worden, hier lassen sich nur Thesen aufstellen: Ich sehe das positiv, als politische Emanzipation. Man sieht ab von persönlichen Belangen und wendet sich allgemeineren Fragen zu.

*Reinhold Mokrosch:* Frau Wodak, warum argumentieren die rechtspopulistischen Parteien nicht mit persönlichen Ängsten? Man hört ja nicht, dass sie vorhersagen, dass alle in der Altersarmut landen werden.

*Ruth Wodak:* Teilweise geschieht das durchaus. Rechtspopulisten geben ja vor, für den ›kleinen Mann‹ und die ›kleine Frau‹ zu sprechen. Unter FPÖ-Chef Haider ging es stark darum, gegen die ›Privilegierten‹ zu agitieren und anzukämpfen. Gerade für die kleinen Leute und ›uns alle‹ sollten Ansprüche gesichert werden. Teilweise war das berechtigt, und die FPÖ hatte damit Erfolg, wenn sie z.B. die soziale Ungleichheit angesprochen hat. Privilegien wurden kritisiert, was aber nicht heißt, dass, wenn sie selber diese Privilegien genießen, sie nicht korrupt oder kriminell sind. Haider hatte großen Erfolg nicht nur mit Ausländerfeindlichkeit, sondern auch mit wichtigen Beispielen von Ungleichheit und Bevorzugung, wie z. B. die Kumpanei zwischen SPÖ und der ÖVP, die Posten untereinander aufzuteilen. Aber natürlich machen es die Rechten jetzt genauso.

Seit 2008 und seit der Flüchtlingsbewegung steht allerdings die Globalisierung im Mittelpunkt. Themen, die *attac* und andere linke Gruppen einmal hatten, werden von Rechten aufgenommen und umdefiniert, indem sie verschwörungstheoretisch aufgeladen werden; dazu gibt es interessante Untersuchungen. Insofern denke ich, dass die Finanzkrise und die Flüchtlingsbewegung dazu beigetragen haben, Unsicherheiten zu verstärken.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Özdemir hat die Angst vor dem Klimawandel angesprochen. Warum steht diese Angst vor Klimawandel oder Klimakatastrophe nie an erster Stelle in den Umfragen, sondern folgt immer erst an vierter, fünfter oder sechster Stelle? Erst jetzt, da *Greta Thunberg*, *Fridays for Future* und die Jugend, die schon immer vor dem *Climate change* warnten, von sich reden machen, wachsen auch unter den Älteren die Ängste vor dem Klimawandel.

Liegt es daran, weil die Katastrophe zeitlich noch so weit weg ist von uns?

*Cem Özdemir:* Gegenüber solchen Umfragen und Statistiken bin ich grundsätzlich skeptisch. Zwar wird aktuell der Klimakatastrophe in Zusammenhang mit den Europawahlen die größte Bedeutung beigemessen. Das Problem ist aber, dass die Befragten dies relativieren, wenn man ihnen eigene Schritte dagegen abverlangt. Wenn konkrete Maßnahmen im Raum stehen, dann schrumpft die Zustimmung stark. Und wenn ich öffentlich frage, ob wir eine Kerosinsteuer einführen sollen, damit der Irrsinn beendet wird, dass innerdeutsche Flüge billiger sind als entsprechende Bahnfahrkarten, wird wahrscheinlich ein Boulevardblatt eine Kampagne gegen mich starten. Das ist die Widersprüchlichkeit der Reaktionen bei diesem Thema, die es einem schwer macht. In meiner Partei feiert man, wenn in Umfragen der Klimaschutz auf Platz Eins und die Angst vor den Flüchtlingen auf Zwei gewertet wurden. Heißt das, die Leute haben keine Angst mehr vor den Flüchtlingen? Wohl kaum. Deshalb sind wir gut beraten, auch an diesem Thema festzuhalten, um zu zeigen, dass der Staat in der Lage ist, existierende Probleme zu managen und zu lösen und dass er sowohl Ordnung als auch Humanität gewährleisten kann. Wenn die Menschen in einem so stabilitätsfixierten und -bedürftigen Land wie Deutschland den Eindruck haben, ›die da oben haben das nicht mehr im Griff‹, ist das sehr gefährlich, denn das lässt sich leicht missbrauchen.

*Thorsten Smidt:* Mein Eindruck ist, dass die *Fridays for Future*-Bewegung auch deshalb so groß geworden ist, weil in dieser jungen Generation genau dieser Eindruck herrscht, dass Politiker, egal welcher Parteien, es eben nicht ›im Griff haben‹. Interessant ist ein Vergleich zwischen *Fridays for Future* und den älteren Protestbewegungen, die sich an das Thema Waldsterben anschlossen. Damals haben die Grünen sehr profitiert. Momentan habe ich aber nicht den Eindruck, dass eine Partei wie die Grünen oder eine andere von dieser neuen Protestbewegung unmittelbar profitieren kann. Die Aktivisten gehören einer jungen Generation an, der Generation ›Z‹, die im Gegensatz zur Generation ›Y‹ überhaupt noch nicht gefasst ist. Diese Jugend begehrt auf, will sich eben nicht parteipolitisch vereinnahmen lassen. Und sie sagen nicht, dass sie Angst haben, sondern sie sind wütend, und das ist ein entscheidender Unterschied zu den Bewegungen in den Jahrzehnten zuvor. Sie haben Wut auf die Älteren, auf die Politiker.

*Ruth Wodak:* Diese Bewegung der Generation ›Z‹ ist eine ganz entscheidende zivilgesellschaftliche Bewegung. Es geht doch darum, mehr Partizipation zu schaffen, und deshalb muss man insgesamt auf die zivilgesellschaftlichen Netzwerke setzen. Das versäumt zu haben, ist auch ein Grund für den Vertrauensverlust in die Politik – auf unterschiedlichen Ebenen, auch lokal. Viele Menschen, junge und alte, haben das Gefühl verloren, überhaupt irgendwo mitbestimmen zu

können. Alle vier, fünf Jahre zu wählen, ist offensichtlich nicht genug. Deshalb haben Bewegungen wie *Fridays for Future*, aber auch andere, progressive, von unten kommende Graswurzelbewegungen, so viel Erfolg. Schweden erlebte während der Dürre im Sommer 2018 zum ersten Mal große Waldbrände. Das hat unglaublich dazu beigetragen. Ich war als Gastprofessorin in Malmö und hatte viele Kontakte zu schwedischen Kollegen, die mir schrieben, dass sie so etwas noch nicht erlebt hätten und dass das Bewusstsein für den Klimawandel erstmals sehr stark geworden sei. Es hat also mit der Erfahrung zu tun, dass die Krise angekommen ist und dass eine Jugendbewegung sich jetzt der Sache nimmt.

Man kann auch die ›Gelbwesten‹ in Frankreich betrachten und sich daran erinnern, dass diese Bewegung daraus entstanden ist, dass eine Benzinpreiserhöhung als Klimaschutzmaßnahme angekündigt war. Die Leute fragten, warum sie ab jetzt für etwas zahlen sollen, damit es ihnen irgendwann zukünftig besser gehe, wenn sie nicht wissen, ob ihr Geld bis zum Monatsende ausreichen wird. Dieser Diskurs ist sehr wichtig: Wenn man Klimaschutzmaßnahmen ergreift, muss man sie so einsetzen, dass nicht noch mehr Ungleichheit entsteht. Letztlich war es eine gute Maßnahme, die nicht klug umgesetzt wurde.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Özdemir, viele Stimmen sagen, dass die Politiker mit der Klimafrage überfordert sind. Brauchen wir zivilgesellschaftliche Netzwerke, weil die Politiker es nicht schaffen?

*Cem Özdemir:* Ich möchte pauschalisierende Aussagen über ›die Politiker‹ vermeiden. Es ist wichtig und im Alltag oft schwer, im Gegenüber das Individuum zu sehen und nicht den Vertreter einer Nation, eines Berufsstandes, einer Religion oder Konfession. Es ist doch die Grunderkenntnis der Aufklärung, dass wir Individuen sind; es gibt eben solche und solche.

Das Klimathema hat heute einen hohen Stellenwert, weil wir die Folgen bereits zu spüren bekommen. Es bleibt abzuwarten, wie es sich entwickelt, wenn es hart auf hart kommt und schwierige Entscheidungen anstehen. Heute ist wahrscheinlich jeder für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe. Sobald es konkret wird und man es im Geldbeutel spürt, wird man sehen, wie groß die Bereitschaft dafür noch ist.

Es ist richtig gut, dass es die *Fridays for Future*-Bewegung gibt. Ich finde es prima, dass die jungen Leute Dampf machen. Denn sie werden mit den Folgen leben müssen, in einer Situation mit Artenverlust, immer mehr Plastik im Meer und Klimakrise. Wir sollten übrigens von *Klimakrise* sprechen statt von *Klimawandel*, Letzteres dient nur der Verharmlosung.

Man muss in Gesprächen ehrlich sein. Wenn ich mit meiner 13-jährigen Tochter rede, die bei *Fridays for Future* mitdemonstriert, dann verspreche ich ihr nicht, dass alles, was ihre Bewegung fordert, eins zu eins ins Gesetzesblatt

kommt, wenn wir Grünen wieder regieren sollten. Denn wahrscheinlich wird ein Koalitionspartner dabei mitsprechen.

In meinem Stuttgarter Wahlkreis gibt es übrigens auch Gelbwesten. Sie haben sich dagegen gewehrt, von der AfD übernommen zu werden. Es war nicht einfach für sie, den Übernahmeversuchen zu widerstehen. In Frankreich haben die Gelbwesten den Antisemitismus, den Hass und die Zerstörungsbereitschaft übernommen. Das wird bei uns auch versucht. Bis jetzt wehren die Stuttgarter sich dagegen, und darum spreche ich mit ihnen. Wir müssen die *Transformation unserer Volkswirtschaft* schaffen, was nicht leicht sein wird. Wenn wir die Transformation



Thorsten Smidt, Ruth Wodak, Reinhold Mokrosch und Cem Özdemir

der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt schaffen wollen, müssen die Belegschaften in den Betrieben das Gefühl haben, dass es dabei nicht darum geht, ihre Arbeitsplätze kaputtzumachen. Ich als Grüner muss mir Mühe geben, die Ängste von Leuten ernst zu nehmen, die mich wahrscheinlich nicht einmal wählen. Ich versuche ihre Ängste und meine Überzeugungen zusammenzubringen, sodass wir vielleicht gemeinsam ein Stück des Weges vorangehen können. Und dazu gehört auch, dem eigenen Milieu Wahrheiten zu sagen, die nicht alle teilen.

Noch etwas zur AfD: Es lohnt sich immer, den Leuten aufmerksam zuzuhören. Das neue Top-Thema dort ist die Zukunft des Diesel- und des Verbrennungsmotors. Mit dem Rückgang der Flüchtlingszahlen haben sie sich ein neues Thema gesucht und positionieren sich mittlerweile als die Partei, die sich dem Zeitgeist entgegenstellt, der angeblich so grün angehaucht ist und das Klima übermäßig

thematisiert. In einer Zeit, in der es sowieso Ängste gibt wie etwa vor der Digitalisierung, soll nun auch noch der Verbrennungsmotor abgelöst werden durch neue Antriebsmethoden. Da tönt auf einmal die AfD: Irrsinn! – Damit können sie durchaus mobilisieren, wir sollten es nicht unterschätzen.

Wir müssen beides schaffen: Den berechtigten Zorn und die berechtigten Ängste der *Fridays for Future*-Bewegung in die Politik hereintragen und versuchen, so viel wie möglich davon umzusetzen. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass auf der Gegenseite keine Bewegung so stark wird, dass sie hegemonial werden kann.

*Publikum:* Handelt es sich bei den angesprochenen Ängsten nicht vielfach um Fälle von Paranoia? In den 1950er Jahren gab es in den USA den McCarthyismus, nach dem Mauerfall eine ›Rote Socken‹-Kampagne der CDU, und seit 100 Jahren redet man von der ›Gelben Gefahr‹. Verschwörungstheorien wurden schon angesprochen: Ängste lassen sich mobilisieren, weil es paranoide Vorstellung von einer Gefahr oder gegenüber einzelnen Menschengruppen gibt.

Wie kann man mit Paranoia umgehen, die als gesellschaftliches Phänomen auftritt?

*Ruth Wodak:* Es stimmt, zurzeit wuchern die Verschwörungstheorien. Ich würde dabei aber nicht von Paranoia sprechen, weil dies eine Krankheit ist, eine Psychose. Verschwörungstheorien gehören nicht dem pathologischen Bereich an, sondern dem politischen. Verschwörungstheorien besitzen oft antisemitische Konnotationen. *George Soros* wird momentan als Drahtzieher hinter den Migrationszügen in die USA oder nach Ungarn gesehen. Man sucht irgendwelche ›mächtigen Lobbys‹ oder einzelne ›Drahtzieher‹. Das Bedürfnis, sofort eine solche Theorie heranzuziehen, die mit immer neuen Codeworten kollektiv in der Gesellschaft verankert ist, ist ganz offensichtlich.

*Thorsten Smidt:* Spricht man von Paranoia, lassen sich Verschwörungstheorien schnell als krankhaft abtun. Menschen, die Verschwörungstheorien entwickeln und verbreiten, sollte man nicht die Möglichkeit geben, sich als Märtyrer bestärkt zu sehen. Im Kuratorium des Bonner Hauses der Geschichte sind auch die Parteien des Bundestages vertreten, darunter die AfD. Die werden nicht ausgegrenzt, sie können nicht behaupten, dass in diesem Gremium eine Geschichtspolitik gemacht wird, die die AfD verteufelt.

*Publikum:* Vor Kurzem wurde ein Blogger sehr bekannt, der die CDU im Internet angriff. Auch andere Parteien kamen dabei nicht gut weg. Herr Özdemir, wie gehen Sie als Politiker mit solchen Dingen um?

*Cem Özdemir:* Ich möchte mit einer eigenen Erfahrung antworten, die mit den berühmten ›Bilderberg‹-Treffen zu tun hat, bei denen sich seit den 1950er Jahren Politiker, Wirtschaftsvertreter und sonstige ›Persönlichkeiten der Gesellschaft‹ treffen und über den Lauf der Dinge diskutieren. Unter den Liebhabern von Verschwörungstheorien rangiert dieses Treffen ganz oben. Dort wird angeblich der Dritte Weltkrieg geplant, werden Umstürze vorbereitet, Plagen und Krankheiten ersonnen und vieles Böse mehr. Ich bin dorthin zweimal eingeladen worden, habe aber nie teilgenommen. Allein die Tatsache, dass ich eingeladen wurde, führt dazu, dass Leute mir böse Briefe schreiben und mir auf Veranstaltungen hinterherreisen. Sie werfen mir vor, dass ich am Bilderberg-Treffen teilgenommen habe. Wenn ich das bestreite und darauf hinweise, dass meine Termine im Internet einsehbar sind, wird mir vorgeworfen, das sei gefälscht. Wenn üble Nachreden so anwachsen, dass es relevant wird, wird es auch gefährlich. Man kann es mit Humor nehmen, aber es ist ernst, weil es auch eine politische Dimension hat.

Kritik und Angriffe auf Blogs im Internet, die sich lawinenartig verbreiten, können jeden Politiker treffen. Ich hätte den Kollegen von der CDU zu einer anderen Reaktion geraten. Im Netz kann man nicht gewinnen. Mein Ratschlag wäre, da wo es geht, das Gespräch zu suchen. Auch dann kann immer noch etwas übrig bleiben, das ins Gefährliche abdriften kann. Bei den jüngsten Wahlen in Indien hatten *WhatsApp*-Postings immensen Einfluss auf das Entstehen von Gerüchten. Es wurden bewusst Falschmeldungen und Beschuldigungen verbreitet, und es mündete bis hin zum Lynchmord. Die Rolle von Facebook und Cambridge Analytica bei den Präsidentschaftswahlen oder der Brexit-Abstimmung ist bekannt geworden. Solche Vorgänge bekommen dann eine Dimension, die den Lauf der Dinge auf der Welt verändern kann; das muss man sehr ernst nehmen. Wir als Zivilgesellschaft und Politik sind gefragt, die Regeln so zu setzen, dass wir die Auswirkungen auf das Maß reduzieren können, das in unserer Hand liegt.

*Reinhold Mokrosch:* Von *Hannah Arendt* stammt das Wort: Angst ist für das Überleben unverzichtbar. Wie stehen Sie dazu?

*Thorsten Smidt:* Angst kann produktiv sein und gesellschaftliche Fortentwicklung bedeuten – wenn sie kanalisiert wird, wenn sie von den richtigen Kräften genutzt wird, um Dinge zu verändern, und sich nicht in bloßer Hysterie abkämpft. Persönliche Ängste sind uns angeboren. Das bedeutet auch, dass wir die gesellschaftlichen Ängste sehr ernst nehmen sollten. Wir sollten sie als gegeben ansehen und versuchen, sie produktiv zu nutzen.

*Reinhold Mokrosch:* Wenn ich Ihnen nun einen Satz vorspreche, bitte ich Sie um Vervollständigung. Der Satz lautet: Damit Ängste in Deutschland nicht überhandnehmen, erwarte ich konkret folgende politische Maßnahmen: ...



*Thorsten Smidt:* Ich erwarte Angebote zur *Partizipation*, ohne dass es dabei zu einer ›direkten‹ Demokratie kommen muss. Partizipative Angebote sollten Diskussionen darüber ermöglichen, worin gesellschaftliche Ängste begründet sind und wie man damit umgehen kann. Die *Fridays for Future*-Bewegung zeigt doch, dass dort, wo Ängste oder Wut formuliert werden, gleichzeitig auch Lösungsvorschläge mitgedacht werden müssen.

*Ruth Wodak:* Mir wären echte *alternative Inhalte* wichtig – abgesehen von partizipativen Möglichkeiten. Für mich zeigt die Politik zu viel Inszenierung, die für die Medien viel wichtiger ist als Inhalte. Ich erwarte ein Angebot von der Politik mit neuen Inhalten, die z.B. Ungleichheit, die Verbesserung des Bildungssystems, den Kampf gegen Armut oder die Klimakrise betreffen. Es gibt so viele Punkte, die dringlich sind. Ich möchte keine simplen Lösungen mehr hören. Ich möchte wissen, wie man es angeht und welche Möglichkeiten es gibt.

Auch *zivilgesellschaftliche Netzwerke* sind wichtig. In Österreich wäre die Flüchtlingsbewegung nicht bewältigt worden ohne Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft ist ein ganz wichtiges Element der Demokratie. Sie sollte daher mehr herausgefordert werden und mehr Möglichkeiten zur Partizipation bekommen.

*Cem Özdemir:* Von meinem Berufsstand und von uns allen erwarte ich, dass wir den *Zusammenhalt der Gesellschaft* hinbekommen in einer Zeit, in der sich die Kommunikation radikal verändert. Früher gab es die Lokalzeitung und das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit drei Kanälen. Was in einem der Kanäle gezeigt wurde, hatte der Großteil der Nation gesehen. Heute ist das völlig anders. Manche behaupten, heute sei das alles bloß ›Lügenpresse‹, alles sei ›gleichgeschaltet‹, ungefähr so, als ob Frau Merkel jeden Montag ein Papier an alle Parteien und Medien schickt, in dem steht, ›Was ich euch zu sagen habe‹. Von solchen Vorstellungen sind aber manche Leute fest überzeugt und glauben, alles andere sei die Unwahrheit.

Wie bekommen wir es bei aller Vielfalt hin, dass es einen von allen geteilten Grundschatz an Basis-Kommunikation gibt? Wenn das nicht gelingt, droht die Gesellschaft zu zerfallen.

Ich habe mich im Bundestag z.B. für die Verabschiedung einer Resolution zu Armenien starkgemacht. Infolgedessen wurde ein Teil meiner Kommunikationskanäle in den muslimischen Bereich abgebrochen, weil man mich von dort auf Wunsch von Ankara nicht mehr einladen darf. Solche Entwicklungen führen zu einer ungunen, ungesunden Gesprächslosigkeit. Ich würde gerne über diese Fragen diskutieren und mir die Kritik anhören. Dieser Verzicht auf Kommunikation ist gefährlich, gerade auch angesichts der Möglichkeiten zur radikalen Veränderung der Kommunikation, die uns die Technologie in Zukunft bieten wird. Das betrifft nicht nur uns in Deutschland, sondern alle liberalen Demokratien weltweit.

Wir müssen Wege finden, wie wir eine gemeinsame Grundkommunikation hinbekommen. Eine kleine Spur gibt es: Orte, an denen wir im Regelfall zusammenkommen, sind der Kindergarten und die Schule. Dort müssen wir ansetzen. Es darf nicht sein, dass wir schon während der Schulzeit auf unterschiedliche Schulen gehen und uns nicht begegnen als Menschen aus verschiedenen Schichten, als Migranten und Nichtmigranten, als Besser- und Schlechterverdienende.

Wie können wir Orte der Begegnung finden, wo wir zusammenkommen? Diese zu identifizieren, ist ein ganz wichtiger Hebel für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es muss die Chance geschaffen werden, dass jemand wie ich – aus einer Arbeiterfamilie mit Migrationshintergrund stammend – mit einer deutschen Mittelschichtsfamilie in deren Wohnzimmer in Kontakt kommen kann. Wer diese Chance nicht geboten bekommt, kann sein Potenzial nicht entwickeln. Ich mache mir viele Gedanken, wie wir die Kanäle zueinander finden können in der Demokratie.